

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 1. Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2008 – 2013, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Anwärter und Anwärterinnen der Hansestadt Lübeck sowie die Öffentlichkeit.

Als Mitglieder der Bürgerschaft begrüßt er Frau Kanuschin, für den Seniorenbeirat Herrn Jugert und Frau Bade als Beauftragte für Menschen mit Behinderung.

Zum TOP 6.2 „Frauenhaus Hartengrube“ begrüßt der Vorsitzende im Namen des Ausschusses Frau Prüß und Frau Zunft, zum TOP 6.3 „Lübecker Stadtmütter“ Frau Düzen.

Herr Drozella fehlt entschuldigt, für ihn ist Herr Sanders anwesend, Herr Kleyer ist ebenfalls entschuldigt, Frau Akyurt übernimmt seine Vertretung und für Frau Jansen, die ebenfalls entschuldigt abwesend ist, gibt es keine Vertretung.

Der Vorsitzende begrüßt Frau Akyurt als neues stellvertretendes Mitglied und verpflichtet sie gem. § 46 (6) der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang Rücksprache
 Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 3. Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ wird heute weiterhin zu folgenden Themen berichtet:

- 9.2 Armut- und Sozialbericht/inhaltliche Schwerpunkte und weitere Vorgehensweise**
- 9.3 Anmeldung von sozialen Projekten**
- 9.4 Unterstützungspotentiale für demenziell erkrankte Menschen**
- 9.5 Aktueller Sachstand Unterbringung Asylsuchender**

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 4. Feststellung der Niederschrift vom 05.03.2013

Frau Römer hat eine Nachfrage zur Anlage der Niederschrift und hier zum Thema Eingliederungshilfe. Die Frage wird durch Frau Schwartz und Herrn Wulf beantwortet. Herr Wulf erklärt, dass zukünftig die einzelnen Punkte des Bereichsreports 2.500 näher erläutert würden.

Herr Böhning weist auf einen Tippfehler in der Niederschrift hin und bittet auf Seite 12 im 4. Absatz das Wort angewendet in abgewendet zu ändern. Der Satz lautet dann:
„Er führt weiter aus, dass in der Begründung der Vorlage nicht stehe, dass Schaden von Lübeck **abgewendet** werden müsse“.

Die Niederschrift ist damit in geänderter Fassung festgestellt

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
 Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
 Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 5. Mitteilung des Vorsitzenden

5.1 Aufhebung der Befristung in der gesetzlichen Altfallregelung nach § 104a Aufenthaltsgesetz

Der Vorsitzende erläutert, dass der Ausschuss über diesen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft im Februar entschieden hätte. Hierzu sei durch den Fachbereich 3 ein Schreiben an das Innenministerium ergangen und der Ausschuss habe in der Februar-Sitzung gebeten, Einsicht in das Schreiben nehmen zu dürfen. Der Brief wurde nunmehr den Mitgliedern des Ausschusses umverteilt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

5.2 Sommerfeste in den SeniorInnenEinrichtungen

Vor Sitzungsbeginn wurde den Mitgliedern des Ausschusses eine Liste mit den Sommerfesten in den SeniorInnenEinrichtungen umverteilt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 6. Berichte

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 6.1. Umsetzung Maßnahmenplan SeniorInnenEinrichtungen

Herr Jörg Kaminski berichtet u. a., dass die SeniorInnenEinrichtungen in 2012 zu 94 % ausgelastet gewesen seien. Bei 60 % der KundInnen habe es sich um BezieherInnen von Sozialhilfeleistungen gehandelt. Dieser Prozentsatz sei konstant in den letzten Jahren und die SIE erfüllten somit auch einen sozialen Auftrag.

Frau Roggensack erklärt zum Thema Schutzraum für Demenzerkrankte, dass es seit 2001 bereits eine Vereinbarung gebe, dass an Wochenenden und nachts die SIE hilflose Menschen aufnehmen würden und zwar ohne große Regularien. Am kommenden Tag finde dann eine Klärung mit dem Bereich Soziale Sicherung statt, wo die Personen untergebracht würden. Diese Vereinbarung solle zukünftig in Kooperation mit dem Gesundheitsamt aktualisiert werden.

Frau Kaske erklärt hierzu, dass es wichtig sei auch zu klären, wo die betreffenden Personen herkämen und was mit ihnen geschehe, wenn sie tagsüber aufgegriffen würden. Sie bittet über eine Erweiterung der Vereinbarung nachzudenken.

Frau Roggensack bestätigt hierzu noch einmal, dass es eine Erweiterung geben würde, in gemeinsamer Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt.

Herr Senator Schindler erklärt, dass zwischenzeitlich der Mietvertrag Behnckenhof sorgfältig durch einen Anwalt überprüft worden und nicht zu beanstanden sei.

Der Vorsitzende erklärt sein Erstaunen darüber, dass nicht bekannt war, dass ein Schutzraum bestehe und dies öffentlich gemacht werden müsse.

Weiter fragt er, wie es sich mit der Finanzbuchhalterstelle verhalte, die ursprünglich ausgeschrieben worden sei, diese Ausschreibung jetzt aber nicht mehr bestehe.

Senator Schindler erklärt dies mit der bestehenden Wiederbesetzungssperre und damit, dass nach den Sommerferien entschieden werden solle, wie weiter verfahren würde, dies auch in Rückkoppelung mit dem Beteiligungscontrolling.

Der Vorsitzende äußert sein Unverständnis darüber, dass diese Stelle nicht besetzt werde.

Senator Schindler erklärt, dass diese Stelle momentan kommissarisch besetzt sei und eine Buchführung stattfinde.

Hierzu sprechen Frau Menorca, Frau Kaske, Herr Kaminski und der Vorsitzende.

Senator Schindler erklärt, dass es nach der Sommerpause eine Entscheidung über die Wiederbesetzung der Stelle geben werde.

Der Vorsitzende erklärt, dass es hierzu eine Nachfrage seinerseits geben werde.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 6.2. Frauenhaus Hartengrube

Der Vorsitzende begrüßt hierzu noch einmal Frau Prüß und Frau Zunft und bittet, über das neue Konzept zu berichten.

Frau Prüß und Frau Zunft berichten anhand einer PowerPointPräsentation über das neue Projekt des Frauenhauses Hartengrube. (Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt).

Frau Prüß erklärt, dass das Frauenhaus in der Hartengrube seit 01.05.2013 wieder eröffnet und auch gleich voll belegt bzw. mit einer Person bereits überbelegt sei, da das Haus über 15 Plätze verfüge und bereits 16 Personen untergebracht seien. Sie führt weiter aus, dass mit dem neuen Konzept erst mit Einverständnis des Landes gestartet werden könne, sie jedoch guter Hoffnung sei und sie das Konzept in der kommenden Woche im Sozialausschuss der Landesregierung vorstellen würde.

Auf die Frage von Frau Bade, ob es auch barrierefreie Unterbringungsmöglichkeiten gebe, erklärt Frau Zunft, dass zumindest eine Wohnung behindertenfreundlich sei.

Eine Frage von Herrn Schaffenberg zu geplanten Waffenkontrollen wird von Frau Zunft beantwortet. Weiterhin schlägt Herr Schaffenberg dem Frauenhaus eine Kooperation mit der Reso-Hilfe und dem Weißen Ring vor. Frau Prüß erklärt hierzu, dass diese Kontakte bereits bestehen, sie die Präsentation diesbezüglich ergänzen werde.

Frau Kaske äußert ihre Begeisterung an dem Projekt und fragt, ob bei der Besetzung der Stellen auch schon an einen Mann als Berater gedacht wurde.

Frau Prüß erklärt, dass dies mit in die Planungen aufgenommen worden sei und auch ein entsprechender Stellenschlüssel bestehe.

Frau Siebdrat dankt für die Idee und den mutigen Schritt zur Umsetzung.

Herr Klinkel dankt für seine Fraktion und fragt, ob auch an die Problematik von Gewalt in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gedacht sei. Dies bestätigt Frau Prüß.

Auf die Frage von Frau Sasse, ob einzuschätzen sei, ob es ggf. mehr Plätze geben könne erklärt Frau Prüß, dass mit fachlicher Arbeit überzeugt werden müsse, aber z. Z. wohl keine Möglichkeit bestehe, die Platzzahl zu erhöhen, jedoch diesbezüglich optimistisch in die Zukunft geblickt werde.

Es sprechen Frau Bade, Frau Zunft und Frau Prüß.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Präsentation des Projektes.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 6.3. Lübecker Stadtmütter

Der Vorsitzende begrüßt Frau Düzen zum Projekt Lübecker Stadtmütter.

Frau Düzen informiert über das seit 25.02.2013 laufende Projekt, in dem Frauen mit und ohne Migrationshintergrund zu Multiplikatorinnen bzw. Lotsen ausgebildet werden sollen. Sie sollen z. B. informieren können über das Deutsche Bildungssystem, Familienrecht, wie funktioniert Schule, wie funktioniert Kita. Die Frauen können sich während der Fortbildung ein gutes Basiswissen aneignen, das sie befähigen soll, nach 6 Monaten Hausbesuche in zu beratenden Familien zu machen. Kooperationspartner des Projektes seien die Vorwerker- und die Gemeindediakonie. Frau Düzen erklärt, dass z. Z. 9 Frauen ausgebildet würden, die alle in ALG-II-Bezug stehen und weiter, dass das Projekt für 3 Jahre geplant, vorerst jedoch erst ein Jahr durch Fördermittel der Possehl-Stiftung bewilligt sei.

Eine Frage des Vorsitzenden beantwortet Frau Düzen damit, dass die Frauen über das Frauenhaus oder durch Frauenaufbaukurse und über die Kooperationspartner in das Projekt gekommen seien. Es wurde mit 16 Frauen gestartet, einige davon hätten mittlerweile einen festen Arbeitsplatz gefunden. Es handele sich um 2 deutsche Frauen und 7 Frauen mit Migrationshintergrund. Frau Düzen erklärt, dass sich diese kulturelle Vielfalt auch auf das gemeinsame Lernen auswirke und gleichzeitig Vorurteile abbaue.

Eine weitere Frage des Vorsitzenden beantwortet Frau Düzen damit, dass das Projekt von zwei Mitarbeiterinnen mit jeweils einer halben und einer dreiviertel Stelle durchgeführt werde und zwar an 3 Vormittagen in der Woche. Dies sei die Zeit, in der die Kinder der Frauen in der Schule seien. In den Ferien dürfen die Kinder mitgebracht werden.

Frau Menorca bittet um einen Kursplan.

Frau Düzen erklärt, dass die Flyer für das Projekt noch in Arbeit seien.

Hierzu spricht Frau Menorca.

Der Vorsitzende möchte wissen, wie man an die Hilfe der Stadtteilmütter kommen würde.

Frau Düzen erklärt, dass eine Werbung im Bekanntenkreis der Teilnehmerinnen, in Schulen und Kitas erfolge.

Herr Schaffenberg dankt für das Engagement, erklärt jedoch sein Misstrauen gegenüber neuen Projekten, da nach Ablauf der Projektlaufzeit die Stadt teilweise um weitere Finanzierung gebeten werde.

Frau Düzen erläutert noch einmal, dass das Projekt erst einmal für ein Jahr laufe und ob eine weitergehende Förderung erfolge noch gar nicht klar sei und sie nicht anweisend sei, um Geld einzufordern

Eine Frage von Herrn Voht beantwortet Frau Düzen damit, dass nach Kursablauf regelmäßige

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Austauschtreffen stattfinden würden, mit Möglichkeit, die bereits erworbenen Kenntnisse aufzufrischen.

Fragen von Herrn Sanders und Frau Kaske beantwortet Frau Düzen. Sie erklärt, dass der ALG-II-Bezug keine Voraussetzung zur Teilnahme am Projekt wäre und die berufliche Perspektive der Frauen im Auge behalte werde.

Eine Frage von Herrn Böhning beantwortet Frau Düzen damit, dass es sich bei dem Projekt nicht um eine Eingliederungsmaßnahme handele.

Hierzu sprechen Frau Kaske, der Vorsitzende, Herr Klinkel und Frau Akyurt.

Frau Düzen erklärt zum Projekt, dass nach der Fortbildungsphase eine Aufklärungsphase stattfinde, in der die Frauen auch eine Aufwandsentschädigung erhielten.

Herr Voht fragt, ob es korrekt sei, dass das Projekt dahingehend für die Frauen begrenzt sei, da es für die Frauen nach den einen Jahr Aufklärungsphase beendet sei. Weiter möchte er wissen, ob diese Qualifizierung dann im Lebenslauf der Frauen eine Wertigkeit hätte.

Frau Düzen erklärt hierzu, dass diese Fortbildung selbstverständlich als Qualifikation auch für einen Lebenslauf gelte und den Frauen danach immer die Möglichkeit offen stehe, weiter ehrenamtlich in der Sache tätig zu sein.

Hierzu sprechen der Vorsitzende und Herr Grose.

Herr Voht erklärt, dass man das Ganze im Blick behalten müsse und nicht nur Projekte, die von der HL gefördert würden. Er lobt das Projekt.

Herr Schaffenberg verweist in diesem Zusammenhang auf die Lage des Lübecker Haushaltes und erklärt, dass nicht heute schon Hoffnung auf eine spätere Förderung eines Projektes gemacht werden könne, da es z. Z. nicht möglich ist, weitere freiwillige Leistungen zu unterstützen.

Herr Klinkel erklärt, dass im Rahmen dieser Diskussion niemand mehr auf die Idee kommen werde, die HL nach Geld zu fragen und weiter, dass man für dieses Projekt danken müsse, weil dadurch Frauen gefördert würden.

Der Vorsitzende dankt Frau Düzen für die Vorstellung des Projektes.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 6.4. Situation der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in der Hansestadt Lübeck im Kontext des Gesamtkonzeptes Leben und Wohnen im Alter

VO/2013/00496

Der Vorsitzende fragt, warum es einen geringen Rücklauf bei der Befragung gab und ob dadurch die Aussagekraft in Wanken geraten würde und weiter, ob es einen Grund für den geringen Rücklauf gebe.

Herr Wulf erklärt, dass es nach Auskunft des Kooperationspartners FH Kiel bei ähnlich gelagerten Projekten ebenfalls einen solchen Rücklauf gegeben hätte.

Herr Schaffenberg weist darauf hin, dass auf dem Deckblatt das Forum für MigrantInnen als am Verfahren Beteiligte fehlen würde.

Herr Mortezaei erklärt hierzu, dass das Forum auf der letzten Seite des Berichtes als Unterstützerin genannt sei und das Forum die Arbeit von Anfang an begleitet hätte.

Eine Frage zum weiteren Verfahren von Herrn Mortezaei beantwortet Herr Wulf damit, dass der Bericht in der Steuerungsgruppe Leben und Wohnen im Alter vorgestellt werde und alle Aspekte gemeinsam vertieft würden; dieser Bericht sei erst ein Anfang.

Herr Voht wünscht sich, dass das Forum selbst initiativ werden solle und Anträge hierzu einbringen möge.

Herr Klinkel dankt der Verwaltung für den Bericht und erklärt, dass es sich bei dem Bericht um die Beantwortung einer Frage der Bürgerschaft aus 2006 handele und wieso die Abarbeitung solange gedauert hätte.

Herr Wulf erklärt, dass es keine personellen Ressourcen gab und der Bericht ohne die Unterstützung der Uni Kiel und ihren StudentInnen nicht möglich gewesen wäre.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 7. Beschlussvorlagen

Es liegt nichts vor

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 8. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 8.1. Aufnahme Resettlementflüchtlinge

VO/2012/00038

Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag aus der Bürgerschaft vom 29.02.2012 in der Sitzung am 05.02.2013 in die Steuerungsgruppe Integration überwiesen wurde. Gleichzeitig wurde der Bereich Recht gebeten, die Zuständigkeit des Ausschusses zu überprüfen.

Die Stellungnahme des Bereiches Recht wurde den Mitgliedern des Ausschusses vor Sitzungsbeginn umverteilt.

Die Bürgerschaft hat den Antrag zur abschließenden Beratung in den Ausschuss für Soziales überwiesen.

Weiter führt Herr Schulz aus, dass die Steuerungsgruppe Integration am 29.04.2013 getagt und sich folgendes Ergebnis ergeben hätte:

Der zur Beratung überwiesene Resettlement-Antrag der Fraktion GRÜNE bezog sich auf die Flüchtlinge in 2012 aus dem Flüchtlingslager Choucha/Tunesien und hat sich zeitlich überholt. Die 'Steuerungsgruppe Integration' war sich aber einig, dass die Signale zur Bereitschaft der Hansestadt Lübeck, Flüchtlinge aus dem Resettlement-Verfahren aufzunehmen, bereits in dem Bürgerschaftsbeschluss zum Resettlement-Verfahren vom 25.02.2010, deutlich gesetzt wurden und selbstverständlich weiterhin gelten.

Senator Schindler erklärt hierzu, dass sich die Steuerungsgruppe dahingehend entschieden habe, dass der Antrag erledigt sei, grundsätzlich das Signal aus der Bürgerschaft jedoch bestehen bliebe.

Der Vorsitzende fragt Herrn Klinkel als Mitglied der Antrag stellenden Fraktion, ob wie vorgeschlagen verfahren werden könne.

Herr Klinkel bestätigt dies.

Beschluss:

1.

Die Hansestadt Lübeck begrüßt die „Save me“ - Kampagne von Pro Asyl, Amnesty International und anderen Organisationen und unterstützt die Bemühungen der Initiativen, das vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) eingerichtete Programm „Resettlement“ auch in der Bundesrepublik umzusetzen und auszuweiten.

2.

Die Stadt Lübeck fordert die Bundesrepublik daher auf, das in der Innenministerkonferenz vom Dezember 2011 beschlossene Aufnahmekontingent für die nächsten drei Jahre von 300 Personen pro Jahr deutlich zu erhöhen und die für den Integrationsprozess notwendigen Mittel bereitzustellen. Die Stadt Lübeck erklärt sich bereit, im Rahmen des Resettlementprogramms

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

zusätzlich zu den von der Bundesregierung aufgenommenen 300 Personen in diesem Jahr weitere 5 Flüchtlinge aus dem tunesischen Flüchtlingslager aufzunehmen. Wir fordern die Landesregierung auf, bei Erhöhung der Aufnahmekapazität entsprechend tätig zu werden.

**Der Ausschuss beschließt einstimmig gem. Vorschlag der Steuerungsgruppe
Integration zu verfahren.
Der Antrag ist somit erledigt.**

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 9. Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 9.1. Ausschuss für Soziales - 07.05.2013
Aufstellung nicht erledigter Tagesordnungspunkte

VO/2013/00518

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 9.2. Armuts- und Sozialbericht/inhaltliche Schwerpunkte und weitere Vorgehensweise

Der Vorsitzende teilt mit, dass den Mitgliedern des Ausschusses hierzu der Entwurf eines Grobkonzeptes umverteilt wurde (dieser Entwurf ist der Niederschrift als Anlage Nr. 2 beigelegt).

Frau Scharrenberg berichtet zur geplanten Vorgehensweise anhand des Grobkonzeptes.

Herr Voht bittet darum, auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu achten und fragt, ob die Beteiligung durch den FB 4 erfolgen werde.

Frau Scharrenberg erklärt, dass es sich um einen Bericht handele, der auf Daten, Zahlen und Fakten beruhe und bei einem Bericht in der Regel keine entsprechende Beteiligung erfolge, dies jedoch selbstverständlich noch beim FB 4 erfragt werde.

Herr Wulf bestätigt hierzu, dass diese Fragestellung mit in den FB 4 transportiert werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 9.3. Anmeldung von Sozialen Projekten

Senator Schindler bezieht sich auf einen Antrag von Frau Kaske zu diesem Thema und erklärt, dass ein Förderlotse für die Hansestadt Lübeck wichtig wäre, damit diese von Fördermitteln partizipieren könne. Hier müsse eine Klärung herbeigeführt werden. Er führt weiter aus, dass sich hier kurzfristig keine Lösung finden werde, sondern mittelfristig geschaut werden müsse, da für diese Arbeit mindestens eine halbe Stelle notwendig sei.

Frau Kaske erklärt hierzu, dass sie deshalb den Antrag frühzeitig gestellt habe, da sich die Förderperiode um den Zeitraum 2014 bis 2018 drehe und der Fördertopf erst ab dem 01.04.2014 bestehe. Sie bittet den Senator, sich dafür einzusetzen, dass eine entsprechende Stelle fachbereichsübergreifend eingerichtet werde, weil sonst sehr viel Geld verloren gehe.

Herr Voht regt eine gemeinsame Arbeit diesbezüglich mit dem FB 3 an. Vielleicht sei es zwischen diesen Bereichen möglich, eine gemeinsame Stelle zu schaffen.

Herr Böhning erklärt, dass es hierzu Gespräche seit 15 Jahre gebe und diese immer wieder in der Verwaltungskonferenz gescheitert seien. Er erklärt, dass sich so eine Stelle dreimal finanzieren würde.

Herr Heiko Kaminski verlässt die Sitzung um 18:07 Uhr

Frau Gersdorf übernimmt die Vertretung für Herrn Heiko Kaminski ab 18:07 Uhr

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 9.4. Unterstützungspotentiale für demenziell erkrankte Menschen

Frau Trilke berichtet, dass ein erstes Treffen mit dem Kompetenzzentrum Demenz hat stattgefunden habe. Das Kompetenzzentrum Demenz sei an einer Kooperation mit der Hansestadt Lübeck interessiert und habe eine Checkliste / einen Leitfaden für eine Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit übersandt. Momentan erfolge eine Anpassung an 'Lübecker Verhältnisse'. In diesem Zusammenhang würden dann auch Vorschläge für eine Priorisierung von Informations- bzw. Informationsveranstaltungen sowie eine mögliche Zeitschiene entwickelt.

Herr Wulf erklärt hierzu, dass am 6.6.2013 der 1. Runde Tisch Demenz stattfinden und die HL die Moderation übernehmen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 9.5. Aktueller Sachstand Unterbringung Asylsuchender

Senator Schindler berichtet hierzu, dass das ursprünglich angedachte Klepper-Haus sich nach eingehender Prüfung nicht für die Unterbringung Asylsuchender eigne und eine Umnutzung mit zuviel finanziellem Aufwand verbunden wäre.

Er erklärt, dass mit Stand 30.04.2013 insgesamt 178 Personen untergebracht seien, bei 137 Unterbringungsplätzen, was bedeute, dass 41 Personen in Pensionen bzw. Hotels untergebracht seien.

Senator Schindler teilt mit, dass für zwei neue Unterkünfte die Vertragsabschlüsse kurz vor Abschluss stehen würden. Es handele sich zum einen um eine Unterkunft in der Dornestraße mit 10 Wohnungen mit 1 bis 3 Zimmern. Es könnten bis zu 40 Personen untergebracht werden. Bei dem zweiten Gebäude handele es sich um 4 Wohnungen im Heiligen-Geist-Kamp der Grundstücksgesellschaft Trave. Hier können 20 Personen Unterkunft finden. Die Unterkunft Dornestraße soll beim Land anerkannt und damit mit bis zu 70 % gefördert werden. Das grundsätzliche Ziel der HL sei jedoch eine zeitnahe Versorgung mit festem Wohnraum und man stehe hierzu in Kontakt mit den Wohnungsbaugesellschaften.

Senator Schindler dankt dem Bereich 2.500 und hier besonders Frau Scharrenberg für die Recherche nach geeigneten Gebäuden. Er gehe davon aus, dass man nunmehr mit 200 Plätzen erst einmal auskommen werde.

Er verweist in diesem Zusammenhang auch die sehr guten Erfahrungen, die mit der Unterkunft in Moising gemacht seien, obwohl vorab große Kritik bestand. Die BewohnerInnen der Anlage seien sofort integriert gewesen.

Hierzu sprechen Frau Scharrenberg und Herr Böhning. Herr Böhning spricht der Gemeindediakonie besonderen Dank für die geleistete Betreuungsarbeit in Moising aus und hält diese vorbildlich für ganz Deutschland.

Beschluss:

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 10. Anfragen

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 11. Anträge von Ausschussmitgliedern

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Diskriminierungsschutz für
11.1.	MitarbeiterInnen freier Träger
	- Antrag des AM Klinkel vom 22.04.2013

VO/2013/00521

Herr Klinkel begründet seinen Antrag ausführlich.

Herr Voht teilt mit, dass der Antrag bereits in der Bürgerschaft war.

Zur Begründung von Herrn Klinkel erklärt er, dass die Tarifautonomie beachtet werden müsse. Zum zweiten Punkt des Antrages, das AGG betreffend, führt Herr Voht aus, dass er den Antrag nicht als förderlich betrachte.

Der Vorsitzende erklärt, dass er dem Antrag zustimmen werde und keinen Eingriff in die Tarifautonomie sehe.

Herr Klinkel führt aus, dass im AGG stehe, dass das Gesetz nicht für Kirchen gelte und dies für ihn heiße, dass Kirchen ihre Angelegenheit selbst regelten.

Herr Schaffenberg erklärt, dass er keine Sympathien für den Antrag hege.

Es erfolgt eine Diskussion, an der sich Herr Böhning, Herr Jugert, Herr Klinkel und der Vorsitzende beteiligen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Antrag zu wenig konkret sei, weil ein direkter Lübeck-Bezug fehle und er finde, dass es gut wäre, wenn nicht über den Antrag abgestimmt werden müsse.

Herr Klinkel möchte seinen Antrag abgestimmt wissen.

Herr Köpsell führt aus, dass er auf dem grade durchgeführten Kirchentag erfahren habe, dass es keinen Frieden an der Kirchfront gebe und Ver.di z. B. momentan konkret um das Streikrecht für die MitarbeiterInnen kämpfe. Er selbst sehe auch keinen Lübeck-Bezug in dem Antrag, da die Probleme bundesweit gelöst werden müssten und erklärt, dass er sich enthalten werde.

Beschluss:

Das Ausschussmitglied Rolf Klinkel beantragt:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Bürgermeister wird gebeten, sich bei den freier Trägern, die soziale Aufgaben der Hansestadt Lübeck durchführen oder von der Hansestadt Lübeck finanziell unterstützt werden, sich dafür einzusetzen:

1. Dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für gleiche Arbeit gleichen Lohn nach einem entsprechenden Tarifvertrag der Gewerkschaft ver.di erhalten.

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

2. Dass, bei der Behandlung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Diskriminierungsverbote des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) analog angewendet werden.

3. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses über die Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 2
Nein-Stimmen: 10
Enthaltungen: 2

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 11.2.	Kostenübernahme für Verhütungsmittel für Hartz IV - und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger - Antrag des AM Klinkel vom 22.04.2013
----------------------	--

VO/2013/00522

Herr Voht fragt, ob der Antrag nicht bereits im Ausschuss gewesen sei.

Herr Klinkel erklärt, dass der Antrag bereits in der Bürgerschaft vorgestellt und dort abgelehnt wurde. Herr Klinkel begründet seinen Antrag ausführlich.

Frau Siebdrat erklärt, dass es einfacher sei, Anträge dieser Art direkt an die Abgeordneten weiterzugeben.

Herr Voht bittet, über den Antrag punktweise abstimmen zu lassen.

Es sprechen Frau Sasse und Herr Klinkel.

Der Vorsitzende lässt nunmehr punktweise über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Das Ausschussmitglied Rolf Klinkel beantragt:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

Der Sozialausschuss der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck bittet:

1. Die Bundesregierung, die Bundestagsfraktionen, die Schleswig-Holsteinische Landesregierung und die Lübecker Bundestagsabgeordnete sich dafür einzusetzen, dass Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II und dem SGB XII die Kosten für Verhütungsmittel nicht mehr selbst bezahlen müssen.
2. Die Schleswig-Holsteinischen Landtagsfraktionen und die Lübecker Landtagsabgeordneten, sich bei der Landesregierung für die Einrichtung eines Fonds einzusetzen, der die Kosten für Verhütungsmittel für Schleswig-Holsteinische Einwohnerinnen und Einwohner mit geringen Einkommen (Hartz IV, Sozialhilfe- und Wohngeldleistungen) übernimmt.
3. Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung sich dafür einzusetzen, dass die Kosten für ärztlich verordnete Empfängnisverhütungsmittel wieder von den Krankenkassen übernommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zu Punkt 1.

Ja-Stimmen: 3

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Nein-Stimmen: 11
Enthaltungen: 0

Zu Punkt 2.
Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 10
Enthaltungen: 0

Zu Punkt 3.
Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 11
Enthaltungen: 0

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
 Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
 Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP **Zusätzliche Wohngeldgewährungen**
11.3. **- Antrag des AM Klinkel vom 22.04.2013**

VO/2013/00523

Herr Klinkel begründet seinen Antrag ausführlich.

Hierzu spricht der Vorsitzende.

Herr Böhning beantragt zu Protokoll, den Antrag in den Jobcenter-Beirat zu überweisen.

Herr Klinkel erklärt, dass der Antrag nicht komplett überwiesen werden könne, weil sich der 2. Punkt des Antrages direkt an den Bürgermeister richte.

Herr Böhning erklärt, dass der Antrag trotzdem überwiesen werden könne, weil der Senator ja als Vertreter des Bürgermeisters anwesend sei.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Böhning abstimmen.

Beschluss:

Das Ausschussmitglied Rolf Klinkel beantragt:

Der Sozialausschuss möge beschließen:

1. Das Lübecker Jobcenter wird gebeten,
 - a. für Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft, die laufende Leistungen für die Bestreitung ihres Lebensunterhalts nach dem SGBII erhält, beantragtes Wohngeld bis zu dessen Zahlung nicht als Einkommen bei der Leistungsgewährung zu berücksichtigen und
 - b. Hilfesuchende und Leistungsempfängerinnen und –empfänger die Anspruch auf die Gewährung von Wohngeld haben zu bitten dieses zu beantragen und sie entsprechend zu beraten.

2. Der Bürgermeister wird gebeten,
 - a. dem Sozialausschuss jährlich über die Höhe der Einsparungen der Unterkunftskosten für Hartz IV-Leistungsempfängerinnen und –empfänger durch Wohngeldzahlungen zu berichten und
 - b. die eingesparten Haushaltsmittel für die Finanzierung freiwilliger sozialer Leistungen zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss spricht sich einstimmig dafür aus, den Antrag in den Beirat des Jobcenters zu überweisen.

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1

Fachbereich 2

Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer

FG 11

FG 12

FB 2: FG 21

FG 22

FB 3: FG 31

FG 32

FG 33

mit der Bitte um:

zum Vorgang

Rücksprache

Erledigen mit Rückmeldung

Wiedervorlage zum: _____

Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013

TOP 12. Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung mit abschließenden Worten zur abgelaufenen Wahlperiode und bedankt sich bei der Verwaltung und bei Frau Nimz für die gute Zusammenarbeit.

Beispiel für einen papiergebundenen Workflow:

Festlegung Bürgermeister:

Fachbereich 1 Fachbereich 2 Fachbereich 3

Bürgermeister

Festlegung Fachbereichsleitung:

FB 1: Vorzimmer FG 11 FG 12

FB 2: FG 21 FG 22

FB 3: FG 31 FG 32 FG 33

mit der Bitte um:

- zum Vorgang Rücksprache
- Erledigen mit Rückmeldung Wiedervorlage zum: _____
- Erledigen mit direkter Rückmeldung an Bürgermeister, alle Vorgesetzten „Cc.“ beteiligen

Fachbereichsleitung

AUSSCHNITT
aus der 38. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der
Wahlperiode 2008 - 2013
vom 07.05.2013